

Finanziell kommen schwere Zeiten auf uns zu

Landesvorsitzender Florian Weber bei der Jahreshauptversammlung des Kreisverbands

Pessenhausen | DSt | „Die finanzielle Situation bei uns und in ganz Europa wird deutlich schwieriger werden und man muss auch kein Prophet sein, um diese Vorhersage machen zu können“, prophezeit Florian Weber, Landesvorsitzender der Bayernpartei. „Wir müssen die Stabilitätskriterien konsequent umsetzen und nicht ständig aufweichen, denn wir können nicht unbegrenzt in den Rettungsfonds einzahlen“, forderte Weber in seiner Rede auf der Jahreshauptversammlung des Bayernpartei-Kreisverbandes Landsberg. Die Kanzlerin sei zwar für einen stabilen Euro, aber gleichzeitig erkläre der Bundesfinanzminister, Deutschland müsse in den nächsten zwei bis drei Jahren weitere 200 Mrd. Euro in den Rettungsfonds einzahlen. Diese Zahlungen würden uns massiv treffen, denn die Staatsschulden wüchsen dann über uns hinaus und ein Abbau wäre nicht mehr möglich.



Weber forderte eine rigorose Änderung der deutschen Finanzpolitik, denn nur wenn man alle Ausgaben und Zahlungen konsequent auf den Prüfstand stelle, könne man unser Land noch vor dem Ruin bewahren.

Weber kritisierte auch den Länderfinanzausgleich: „Dieses Modell ist absolut unattraktiv, denn die Nehmerländer sollen zu besserem Wirtschaften animiert werden und nicht davon leben, dass andere Länder gerade etwas mehr haben“. Hier müsse ein ganz anderer Ansatz Anwendung finden und er hoffe, dass die Verantwortlichen endlich an diesem Thema arbeiten. Viele Bürger könnten dies nicht verstehen und wünschten sich eine Politik, die näher am Bürger ist und die sie auch nachvollziehen könnten.

Die Bayernpartei im Landkreis Landsberg hielt ihre diesjährige Jahreshauptversammlung im „Landhaus Strauß“ in Rott – Pessenhausen ab. Der Kreisvorsitzende Dieter Steininger berichtete über die Aktivitäten des Kreisverbandes im ersten Jahr, nachdem er die Nachfolge des langjährigen Kreisvorsitzenden Werner Baur angetreten hatte. Ganz besonders würdigte Steininger die Arbeit der drei Ortsverbände Ammersee/West, Egling und Lechrain. Durch deren regelmäßige Monatstreffen sei eine gewisse Nähe zum Bürger sichergestellt.



Kreisrat Pauli Doll monierte in seiner Rede, dass die Landkreise in Bayern für den Bau neuer Schulhäuser nur 27 % Zuschuss vom Land bekämen. In Baden-Württemberg sei es beinahe umgekehrt, da würde das Land an die 70 % der Baukosten öffentlicher Schulen übernehmen. Schulen seien wichtig und wir müssten in die Bildung unserer Kinder investieren, aber auf den Landkreis kämen noch immense Kosten zu, denn es stünden auch noch einige Schulen im Kreisgebiet zur Sanierung an. Doll bezog in seiner Rede auch Stellung zu Standortschließungen der Bundeswehr: „Ich habe erfahren, dass 90 % der Bundeswehr-Standortschließungen Bayern betreffen. Neben den Soldaten gibt es an jedem Standort auch viele zivile Arbeitsplätze und es kann doch nicht sein, dass wieder nur bayerische Arbeitsplätze abgebaut werden. Warum muss Bayern schon wieder die Zeche zahlen?“

„Die Wirtschaftskrise ist am Landkreis Landsberg auch nicht spurlos vorübergegangen“, eröffnete Kreisrat Pius Abenthum seinen Bericht über die aktuelle Finanzlage im Landkreis. „Ohne eine Erhöhung der Kreisumlage hätte der Landkreis im kommenden Haushaltsjahr ca. 6,2 Mio. € weniger eingenommen.“ Nach den Berechnungen der Bayernpartei hätte aber eine Erhöhung des Hebesatzes auf 53,0 Prozentpunkte ausgereicht, um eine Neuverschuldung des Landkreises zu verhindern, denn „wir wollten den Gemeinden etwas mehr Luft lassen“. Ohne die Stimmen der Bayernpartei und 14 weiterer Kreisräte beschloss der Kreistag in seiner letzten Sitzung des alten Jahres die Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes von 51,5 auf 54,5 Prozentpunkte.

Da die Lebenserwartung steige und ältere Leute immer häufiger an Demenz erkrankten, sei es dringend notwendig, in den Kreissenorenheimen Vilgertshofen und Greifenberg neue Abteilungen für solche Erkrankungen zu bauen. Die Baukosten sollen sich auf ca. 1,15 Mio. € in Vilgertshofen und auf ca. 739 Tsd. € in Greifenberg belaufen.

Kreisrat Georg Wegele berichtete vom Umweltausschuss. So sei für das Gelände der Müll-Umladestation in Hofstetten ein neuer Vertrag mit einer Laufzeit bis 2039 abgeschlossen worden. Zurzeit liefen die Planungen für den Bau einer Lagerhalle, damit der Müll und die Wertstoffe im Trockenen umgeladen und gelagert werden könnten. Die Bausumme für diese Maßnahme beliefe sich auf ca. 850 Tsd. €.

